Saarbrücker Zeitung

18 DEUTSCH ATIONAL 72

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Monat. Bezugspreis: Durch Agenten und Post: Frs. 4.50, Lieferpreis Die Ausgabe. 40 mm Zeile 0.35 Frs., Deutschland 7 Pfg., Ausland 0.30 Frs.

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, St. Marien 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 62. Postsch. 59

Nr. 217. Saarlouis, Dienstag, den 30. September 1924. 53. Jahrgang.

Eine Rede um den Frieden.

Die augenblicklich-ökonomische Kriegsziele.

Die Frage noch der Berechtigung der Frage ist auch den Weltkrieg wohl an einmal gestellt und beantwortet worden. Zum Zeit haben sich in die Beantwortung politische Folgerungen aus der größten Katastrophe angeschlossen, und heute Ablaufgrß in Lugano hatte Pater Stresemann den volkspolitisch-philosophisch-historischen Weg eingeschlagen und die Kriegsziele der augenblicklich-ökonomischen Schule aus dem Zeitalter der Scholastik herausholen. Die Rede sei auf ihr Prinzipielles beschränken hier wiedergegeben.

Für den Frieden.

Auf dem Ablaufgrß in Lugano hielt, wie in S.B. 640 mitgeteilt, Pater Stresemann (Köln) einen Vortrag über die Kriegsziele der augenblicklich-ökonomischen Schule als Weg gegen den modernen Krieg. Wir geben den wesentlichen Inhalt im Folgenden wieder.

Ausgangspunkt war die Frage: Gibt es eine Wahrscheinlichkeit, ein einer prinzipiellen Verurteilung des modernen Krieges zu kommen? Zu. Die bis zum 17. Jahrhundert in der katholischen Moraltheologie herrschende Lehre der augenblicklich-ökonomischen Schule, insbesondere des spanischen Dominikaners Franzisko de Victoria (1480—1546) enthält ein Nein. Vera gegen den modernen Krieg. Die Zahlreiche, so dann gerechte, also erlaubte Kriege gelten nur unter einer bestimmten Voraussetzung und bei Erfüllung von vier Bedingungen. Die Voraussetzung für den Krieg ist, daß keine anderen Mittel zum Ausdruck öffentlichen Gerichtshofes. Solange solch höhere Rechtsinstanz nicht da ist, sind heute in jeder Nation verschiedene Staat und verschiedene Gerichte zu. Für einen höheren gerechten Krieg gelten aber vier Bedingungen: 1. Kriegserklärung durch eine rechtmäßige Obrigkeit. 2. Gerechter Grund (Sicherstellung der Rechte, Wiederherstellung Zustandes usw. usw.: Die Bestrafung einer nachgewiesenen schweren moralischen Schuld). 3. Rechte Absicht, d. h. Förderung des Guten, Vermeidung des Bösen. 4. Die Rechte der Kriegführung, d. h. in den Schranken der Gerechtigkeit und der Liebe.

Diesselben sind nun die Folgerungen, die Stresemann aus dieser Lehre heute zieht: Wie kann der Kriegsverzicht auf grundsätzlich den Krieg als letzten Rechtsgrundsatz der Nationen gerechtfertigt werden? Wie im Manne derselben Vernunft und Gerechtigkeit, wie der Gerechtigkeit, wie der Gerechtigkeit und die Einhaltung der genannten Bedingungen bei der tatsächlichen Führung und Durchführung eines Krieges besonders wichtigen Tatsache, daß einzelne Bedingungen nicht mehr gegeben sind, so ist der Krieg kein Verkehrsmittel der Vernunft und Gerechtigkeit, sondern der Unvernunft und Ungerechtigkeit. Nach dem man von katholischen Moral Obersummen Nationen ist „Mittel" gleichbedeutend mit „vernunftgemäß", nämlich entsprechend der ewigen Vernunft Gottes und dem Wohlsein dieser Vernunft im Geiste und Gewissen der Menschen.

Ist nun der moderne Krieg noch vernunftgemäß? Entspricht er den aufgestellten Moraltheologemen? Darauf müssen wir antworten mit einem scharfen, unbedingtem Nein! Also ist der moderne Krieg unsittlich!

Stresemann erinnerte beispielsweise nur an die 3. und 4. Bedingung: Unbewußt jemals in einem modernen Kriege der Rechte des Gegners? Nein! Und wie kann das moderne Kriegsmittel ein Krieg möglich, der sich lediglich liebe und mild die schwerste Erschütterung der ganzen Welt und der ganzen Gesellschaft nach sich zieht? Wird dadurch die Liebe der Gerechtigkeit und Liebe eingehalten? Nein! Also haben heute die Gerechtigkeit, daß der moderne Krieg mit Bewußtsein über alle Schranken sich hinwegsetzt, sowohl der Staat schon vorbereitete Kriegsmittel sich dieses (per se) widerspricht gegen die Zweckmäßigkeit. Dadurch ist keine Ungerechtigkeit, sein verhältnismäßiger Nutzen.

Also ist der moderne Krieg unsittlich, unerlaubt, also zu bekämpfen. Aber nicht nur rein negativ, durch Bejahen Verzichten, sondern positiv. Indem wir einen Positivismus bejahen, der die Ungerechtigkeit und Liebe ist, die Unsittlichkeit sich hinzu, den organischen Zusammenschluß aller Friedensmächte und den Aufbau eines Völkerrechts auf Gerechtigkeit Grundlage herbeiführen. Die Mittel dazu sind Rechtsbildung entscheiden einteilen für den Friedensgedanken, Und viel Aufklärungsarbeit, in privaten und öffentlichen Leben, der letzten Wurzeln des Weltkrieges Pluralismus, „Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit und Liebe".

Die Partei beginnt heute der Kampf der französischen Eingreifbeter.

Für den im Weltkrieg gefallenen französischen Abgeordneten Dr. Ludwig Frank ist gestern ein Denkmal errichtet worden. Der erste Bürgermeister Dr. Mollet widmete das Denkmal in die Obhut der Stadt.

Belgiens Sparvorschläge.

Herriot und die Kardinäle.

Sparmaßnahmen.

Ein belgischer Vorschlag.

wtb. Paris, 29. Sept. Der belgische Korrespondent des „Temps" meldet, daß die belgische Regierung sich etwa mit der Frage beschäftige, welche Ersparnisse bei den verschiedenen durch den Vertrag von Versailles und durch den Dawesplan eingesetzten Kommissionen erzielt werden können. Grundsätzlich habe man bei Rede gezeigt, daß die Repko und die neuen Organisationen, die der Dawesplan vorsehe, nicht mehr Ausgaben verursachen sollen, als die Repko bisher verursacht habe. Nach belgischer Ansicht sollen in der Repko die Regierungen der einzelnen Länder keine ständigen Mandate mehr haben und nur monatlich eine Sitzung abhalten, für die Tagesordnungen sollen sie. Die zweiten Delegierten sollen nach einem Jahre vollkommen beseitigt werden, da man annehme, daß bis dahin der Dawesplan vollständig funktioniere. In Zukunft werde nur mehr ein ständiger internationaler Ausschuß mit 10 Mitgliedern unterhalten werden, bei dem im ganzen jede Delegation nur etwa 3 bis 4 ständige Beamte unterhalte. Dadurch werden die Kosten der Repko auf 60. bis 70. Prozent herabgesetzt. Gleichzeitig hofft man durch Vereinfachung der Ausgaben für die Besatzung eine Ersparnis zu erzielen.

Herriot an die französischen Kardinäle.

wtb. Paris, 29. Sept. Zu den Gerüchten, daß der Ministerpräsident Herriot an die sechs Kardinäle Frankreichs als Antwort auf ihre Vorstellungen geschrieben hat, heißt es u. a.: Es ist mir unmöglich, mich mit den Maßnahmen der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen als erste Bedrohung für den inneren Frieden, für die Gerechtigkeit und die Freiheit zu betrachten. Alle Maßnahmen sind von Beamten unterzeichnet. Unter unserer Verwaltung können die Beamten jeder Kategorie versichert sein, daß sie ohne die geringste Ungerechtigkeit ihren Gehalten nachgehen können. Wenn irgendwo die Neuordnung der katholischen Religion behindert würde, würde sie ohne zu zögern eingreifen. Aber bei wir entschlossen sind, das Recht der Glaubensfreiheit einen jeden Eingriffen zu schützen, haben wir auch die Pflicht, die Rechte des Staates zu wahren. Wir glauben an die Notwendigkeit, zwischen dem Weltlichen und dem Weltlichen einen Unterschied zu machen. Diese Lehre, auf der sich die Unabhängigkeit des französischen Staates aufbaut, ist nicht nur die der französischen Revolution. Wenn Christi und Lothringen unterstützt, verteiten wir den Standpunkt, daß es keine Beamten gibt, mit der Zentralgewalt die zahlreichen Probleme zu lösen, die die Wirklichkeit zu Frankreich aufgeworfen hat. Es ist bedauerswert, daß bedauernswerte Mißverstehen entstanden ist, durch die die Regierung für unloyal erklärt werde. Es bestehe nach der Ansicht der Ministerpräsidenten die ernstlichen Unzufriedenheit nach sich ziehen, wenn sie die öffentlichen Meinung fragen erkennt würden, die Gedulds und Ueberlegung erfordern. Das Ersuch habe nichts für seinen Kult zu befürchten. Das die Maßnahmen unberührt seien, die Regierung nur das Gesetz, und sich nur mit Mittel, Konflikte zu vermeiden, ist, daß sie die unantastbaren Rechte der Gewissensfreiheit und die unabhängigen Rechte des Staates verteidigen zu können.

Die französischen Kardinäle gegen Herriots Kulturpolitik.

wtb. Paris, 27. Sept. Die Kardinäle Frankreichs haben einen gemeinsamen Brief an Ministerpräsident Herriot geschrieben, in dem sie die Politik der Regierung ernstlich. In diesen Schreiben wird Bezug genommen auf die ministerielle Erklärung hinsichtlich der Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan, auf die Einführung der Zivilehe in Elsaß-Lothringen und auf die Frage der Anwendung der Gesetze über die religiösen Vereinigungen. Das Leben, so wird erklärt, erste Bedingungen für den inneren Frieden, für die Gerechtigkeit und die Freiheit der Katholiken des Landes, so sagen sie das Ansehen Frankreichs im Auslande. Der Krieg habe eine nützliche Umstimmung zwischen Staat und Kirche. Es liege im Interesse des Landes, dieses Ergebnis zu konsolidieren, das alle guten Franzosen mit Beifall aufgenommen hätten. Es wäre traurig, so erklären die Kardinäle, wenn der Kampf gegen die religiösen Vereinigungen wieder aufgenommen würde und wenn diese im Auslande Feindschaften suchen müßten. Besonders waren treten die Existenzfrage für die katholischen Jugendvereinigungen im Elsaß-Lothringen ein, deren erworbene Rechte und deren geheiligte Traditionen nicht in Frage gestellt werden dürften.

Ein Memorandum an England.

wtb. London, 28. Sept. Das Memorandum über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ist am 4. Tage übergeben worden.

Ein deutsches Memorandum in Paris.

wtb. Paris, 29. Sept. Der heute aus seinem Urlaub zurückgekehrte Botschafter v. Hoesch hat im Namen seiner Regierung heute vormittag den französischen Ministerpräsidenten ein Memorandum über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund überreicht. Es ist zwischen der deutschen und der französischen Regierung vereinbart worden, den Text der Memorandums vorläufig nicht zu veröffentlichen.

Ministerrat und Memorandum.

wtb. Paris, 29. Sept. Wie Havas meldet, wird Ministerpräsident Herriot das heute vom deutschen Botschafter überreichte Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund am kommenden Donnerstag dem Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik um 4 Uhr nachmittags zusammentreten wird zur Prüfung unterbreiten. Der Inhalt des Memorandums ist heute Nachmittag während des Ministerrates den Ministern mitgeteilt worden. Der Ministerrat hat sich einstimmt mit der Prüfung des Protokolls über die Schiedsgerichtsfähigkeit und über die Sicherheitsfrage befaßt. Da die Minister ihr Urteilen heute vormittag nicht beenden konnten, sind sie nachmittags 4 Uhr nochmals zusammengetreten.

Wieder ein Brief Mackonalds an Herriot.

wtb. Paris, 29. Sept. Der Eclair will erfahren haben, Ministerpräsident Herriot habe einen Brief Ramsay Mackonalds erhalten, über dessen Inhalt man am Quai d'Orsay keine Auskunft geben wolle. Man erklärte, es handele sich um eine Privatbrief, der nicht veröffentlicht werde. Noch unkontrollierbaren Gerüchten, so scheint das opportunistische Blatt, soll sich der Brief Mackonalds mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sowie mit der allgemeinen Haltung der französischen Delegation in Genf beschäftigen.

Die Handelsbeziehungen Italiens mit Deutschland.

Rom, 27. Sept. Die Industrie-Vereinigung des Handwirtschaftsministers ernannt ihre Mitglieder, sich mit der Ausarbeitung eines Handelsvertrages mit Deutschland. Die italienische Regierung genügt nicht, die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigen zu können. Die Industrie-Vereinigung wird die Vertreter der Regierung haben, denn wenn bei den bisherigen Handelsverträgen die Regierung die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigt habe, so werde das besonders beim Handelsvertrag mit Deutschland der Fall sein. Der Vertreter Italiens hat vor dem Kriege das beste Abkommen mit der italienischen Bodenproduktion gemacht und werde es wiederholen und neuerdings. Die Vertreter der Landwirtschaft und die Industrie führen an den Verhandlungen teilnehmen.

Zurückweisung von Zeitungsverboten.

wtb. Paris, 27. Sept. Wie aus Echo de Paris aus Mainz berichtet, hat die Rheinlandkommission gestern beschlossen, das Verbot der 15 deutschen Zeitungen ist bestehen Gebiet zurückzunehmen.